



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
für eine Studie und/oder eine kleine Maßnahme
nach der Richtlinie Netzwerk Stadt/Land
(FP 7006)**

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt
Dessauer Straße 70
06118 Halle

Posteingangsstempel
Anzahl Anlagen
Eingang im PEB registriert: 500=Antrag 511=Änderungsantrag

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)
Name, Vorname / Betriebsbezeichnung
Ort

Antragstellerstammdaten

Der Stammdatenbogen ist nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER im Kalenderjahr einzureichen.

Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.

Der aktuell gültige Stammdatenbogen wurde bereits eingereicht.

1. Antrag auf Projektförderung

Dieser Antrag betrifft

die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben.

die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages.

die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages.

Aktenzeichen

Änderung in Nr.

Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für

eine Studie sowie die Aufarbeitung deren Ergebnisse für die Wissensvermittlung.

eine kleine Maßnahme (Modell- und Demonstrationsvorhaben) sowie die Aufarbeitung deren Ergebnisse für die Wissensvermittlung.

2. Angaben zum Vorhaben

Kurzbezeichnung des Vorhabens

2.1 Vorhabenort

Identisch mit Anschrift

ja (weitere Angaben zum Investitionsort können entfallen)

nein

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

2.2 Geplanter Durchführungszeitraum (Monat/Jahr)

von

bis

2.3 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)

2.4 Vorherige / Andere Förderungen des Vorhabens

Für das beantragte Vorhaben wird/wurde andere öffentliche Förderung/en beantragt/gewährt.

nein ja, beantragt ja, bewilligt ja, ausgezahlt

Wenn ja:		andere öffentliche Förderung a) Datum und b) Betrag in Euro		
a) Bewilligungsbehörde b) Aktenzeichen	beantragte Zuwendung, aber nicht entschieden	bewilligte Zuwendung	ausgezahlte Zuwendung	
a)				
b)				
a)				
b)				

2.5 Das Vorhaben ist mit anderen Vorhaben, für die eine öffentliche Förderung gewährt werden kann, gekoppelt

nein ja, beantragt ja, bewilligt ja, Abstimmung der gekoppelten Vorhaben ist erfolgt

Wenn ja, beantragt:		gekoppelte Förderung a) Datum und b) Betrag in Euro	
a) Bewilligungsbehörde b) Aktenzeichen	beantragt/nicht entschieden	bewilligt	
a)			
b)			
a)			
b)			

Träger des Vorhabens

Informationen über den Stand der Abstimmung (z. B. Verträge abgeschlossen)

2.6 Einnahmenschaffende Investitionen (nicht wenn förderfähige Gesamtkosten <= 1 Mio €)

Durch das Vorhaben werden Nettoeinnahmen nach Art. 61 der VO (EU) Nr. 1303/2013 erwirtschaftet. (Nettoeinnahmen bedeuten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen).

nein ja

während der Vorhabendurchführung

nach Vorhabendurchführung

2.7 Beihilfebezogene Angaben

Für das Vorhaben wird die Förderung als De-minimis-Beihilfe gewährt (De-minimis-Erklärung als Anlage beifügen).

In den letzten drei Jahren wurden bereits De-minimis-Beihilfen gewährt.

nein ja (Kopie/n der De-minimis-Bescheinigung/en als Anlage beifügen)

Hinweis

Wenn ein (einziges) Unternehmen mit seiner Antragstellung zur Gewährung einer De-minimis-Beihilfe den maßgeblichen Schwellenwert überschreitet, so muss nach Art. 3 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 die Gewährung einer Beihilfe vollständig abgelehnt werden.

3. Finanzierungsplan

3.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Art	
Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (Netto)	Euro
Umsatzsteuer	+ Euro
Gesamtausgaben (Brutto)	Euro

3.2 Finanzierung

I. Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (Netto)		Euro	
II. sonstige nicht förderfähige Ausgaben		Euro	-
III. Fremdmittel ¹	a) Leistungen Dritter/Spenden	Euro	
	b) andere öffentliche Zuschüsse ^{2,3}	Euro	
	Fremdmittel gesamt (Summe a+b)	Euro	-
IV. Zwischensumme zuwendungsfähige Gesamtausgaben (= I. - II. - III.)		Euro	=
V. finanzielle Beteiligung des Begünstigten (auf förderfähige Gesamtausgaben)	Bare Eigenmittel, Kredite	Euro	
	anrechenbare private Spenden/Leistungen Dritter ^{4,5}	Euro	
	Unbare Eigenleistungen ⁶		
	finanzielle Beteiligung des Begünstigten gesamt	Euro	-
VI. beantragte Zuwendung	(max. 100 Prozent zu IV.)	%	
	Maximaler Betrag		

4. Bereitstellung der Zuwendung

Die Zuwendung soll wie folgt bereitgestellt werden:

Zuwendung insgesamt		
Euro	Jahr 20____ Euro	Jahr 20____ Euro

¹ Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe unter Fußnote 4

² z.B. ABM-Mittel, Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

³ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

⁴ Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme der finanziellen Beteiligung des Begünstigten zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder

b) bei Zuwendungen von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen

⁵ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

⁶ Unbare Leistungen sind nicht förderfähig

5. Weitere Angaben

5.1 Angaben zum Antragsteller (Eintrag entfällt bei Studien)

Ich/Wir bin/sind für das unter Nr. 2.1 genannte Vorhaben

- Eigentümer/in Erbbauberechtigte/r
 Träger/in der Baulast Inhaber/in eines dinglich abgesicherten Nutzungsrechts
 Nutzungsberechtigte/r mit langfristigem Nutzungsvertrag

der betroffenen Liegenschaft.

entfällt (bei Studien)

5.2 Sofern Antragsteller ein Unternehmen ist

Wir als antragstellendes Unternehmen sind in Schwierigkeiten im Sinne der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ vom 31. Juli 2014 (ABl. EU 2014/C 249/01).

- ja Wenn ja, ist eine Förderung unzulässig.
 nein Wenn nein, sind dem Antrag geeignete Unterlagen zum Nachweis der gesicherten Vorfinanzierung in Höhe der Hälfte der beantragten Zuwendung (Kontoauszüge, Kreditbereitschaftserklärungen und dgl.) beizufügen.
 entfällt

5.3 Sofern Antragsteller Unternehmen oder andere juristische Person/en ist/sind

Ich bin/Wir sind Antragsteller als Unternehmen/andere juristische Person. Über mein/unser Vermögen ist ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehend, beantragt oder eröffnet.

- ja Wenn ja, ist eine Förderung unzulässig.
 nein
 entfällt

5.4 Votum des Netzwerks Stadt/Land

Das Konzept zu dem beantragten Vorhaben habe/n ich/wir dem Netzwerk Stadt/Land vorgelegt

- Das Netzwerk Stadt/Land hat zu diesem Vorhaben ein positives Votum zur Erfüllung der Wettbewerbsmerkmale abgegeben.

5.5 Für die Berücksichtigung bei der Antragsauswahl sind die entsprechenden Angaben in der Anlage „Erklärung des Antragstellers für die Projektauswahl mittels Auswahlkriterien (AK)“ wahrheitsgemäß ausgefüllt

- ja

5.6 Einhaltung gesetzlicher Vorschriften (Eintrag entfällt bei Studien)

Das unter Nr. 2.3 beschriebene Vorhaben

- ist anzeigefrei und genehmigungsfrei. entfällt (bei Studien)
 ist anzeigepflichtig .

- Das Vorhaben wurde bei der/den zuständigen Fachbehörde/n angezeigt.
Das Vorhaben wurde bei folgender/n Fachbehörde/n angezeigt:

Das unter Nr. 2.3 beschriebene Vorhaben

- bedarf einer oder mehrerer Genehmigung/en.
 Alle erforderlichen Genehmigungen wurden beantragt bzw. erteilt.
(Kopie der Genehmigung/en als Anlage beifügen.)

Die Genehmigung des Vorhabens wurde bei/von folgender/n Fachbehörde/n beantragt/erteilt:

6. Anlagen

6.1 Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt

- Stammdatenbogen mit Anlagen
- Ergänzende ausführliche Vorhabenbeschreibung ggf. mit Stellungnahme des Betreuers/Architekten/Ingenieurs (wenn 2.3 nicht ausreichend oder wenn zutreffend)
- Ortsplan/Lageplan mit Kennzeichnung des zu fördernden Vorhabens⁷
- Projektskizze/ Projektplan inkl. Kosten- und Finanzierungsplan
- Skizzen, Zeichnungen und/oder Gestaltungskonzepte⁷
- Aktuelle Fotos des Gebäudes bzw. der baulichen Anlage zur Beurteilung des Vorhabens⁷
- Drei Angebote oder Kostenvoranschläge nach DIN 276⁷
- Drei Angebote
- Kostenaufstellung bei Aufteilung der Gesamtkosten auf ein oder mehrere Jahre sowie ein oder mehrere Gewerke
- Stellungnahme der Kommunalaufsicht⁷
- Kopien der Anträge und Bescheide zu Nr. 2.4
- Kopien der Anträge und Bescheide oder Abstimmungen zu Nr. 2.5⁷
- De-minimis-Erklärung und ggfs. Bescheinigung/en über in den letzten drei Jahren erhaltene De-minimis-Beihilfen zu Nr. 2.7 (sofern zutreffend bei Beihilferelevanz)
- Kopien der Nachweise zu 5.1⁷
- Bei Unternehmen: Kopien der Nachweise zu Nr. 5.2
- Anlage „Erklärung des Antragstellers für die Projektauswahl mittels Auswahlkriterien (AK)“ zu Nr.5.5
- Kopie der Anzeige zu Nr. 5.6⁷
- Kopie des/der Antrages/Anträge und der Genehmigungen zu Nr. 5.6⁷

6.2. Weitere Anlagen

-
-
-
-
-
-

⁷ entfällt bei Studien

7. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen oder Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/Uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

Ich/Wir erkläre/n dass,

- **die Gesamtfinanzierung gesichert ist,**
- **mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde** und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten)
- der Inhalt der Richtlinie Netzwerk Stadt/Land in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt und diese in der zuständigen Behörde einsehbar sind,
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/EGFL-Förderprojekten (s. a. www.elaisa.sachsen-anhalt.de, Stichwort Investitionsförderung inklusive Dürrebeihilfen ländlicher Raum/Formulare/Informationen) bekannt ist,
- die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Genehmigungen vorliegen bzw. beantragt werden und eventuelle Nebenbestimmungen beachtet werden,
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag einschließlich dem Stammdatenbogen und in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Tatsachen/Angaben und Erklärungen, von denen die Gewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ich/wir nach § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. LSA S. 724) i. V. m. § 2 Abs. 1 des SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034) verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann.

Ort, Datum

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten